

# **SCHULDENBREMSE AUS VERANTWORTUNG FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION**

*Presseerklärung von Volker Ratzmann am 04.02.2009*

Die Konjunkturpakete von heute sind die Schulden von morgen. So richtig es ist, die Konjunktur mit öffentlichen Investitionen anzukurbeln, so klar ist auch: Die Zinsen müssen die kommenden Generationen zahlen. Aus der Verantwortung für die nächste Generation ergibt sich der Auftrag für die Föderalismuskommission, eine Schuldenbremse zu beschließen. Die bestehenden Regeln zur Schuldenbegrenzung haben sich als nicht tragfähig erwiesen. Der Schuldenstand von Bund, Ländern und Kommunen ist von 28 Milliarden Euro im Jahr 1960 auf heute über 1.500 Milliarden Euro gestiegen.

Unser Vorschlag: Die Möglichkeit, Schulden bis zu einer Grenze von 0,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts aufzunehmen, muss an nachhaltige Nettoinvestitionen etwa im Bildungsbereich gebunden werden, statt sinnlose Abwrackprämien damit zu finanzieren.

Eine konjunkturbedingte Abweichungsmöglichkeit von dieser Beschränkung muss es geben, allerdings nur, wenn dies von einer qualifizierten Mehrheit in den Parlamenten beschlossen wird. Die bisherige Praxis, mit den Haushaltsgesetzen eine Überschreitung von verfassungsmäßigen Grenzen mitzubeschließen, würde so durchbrochen. Die Regierung wäre gezwungen, sich hierfür ihre parlamentarische Mehrheit zu suchen. Das schafft zumindest politisch Transparenz. Völlig absurd und unverantwortlich ist der Vorschlag der FDP, ein völliges Verschuldungsverbot zu beschließen.

Eine Schuldengrenze für alle Länder wird es nur geben, wenn es Hilfen für die am höchsten verschuldeten Länder gibt. Ein Einstieg in eine Altschuldenhilfe muss gemacht werden. Die derzeitigen Vorschläge sehen auch Hilfen für Berlin vor. Es ist nicht zu verstehen, dass ausgerechnet der Regierende Bürgermeister von Berlin sich einer verbindlichen Verfassungsregelung zur Begrenzung der Staatsverschuldung an vorderster Front widersetzt. Gerade in Berlin hat sich doch gezeigt, wie verheerend haushaltspolitische Verantwortungslosigkeit – an der sich auch die Berliner SPD tatkräftig beteiligt hat – auswirken kann. Klaus Wowereit und die Linke nehmen ihre Verantwortung nicht wahr.